

Beschluss Mitgliederversammlung Bündnis 90 / Die Grünen, KV Mannheim, 17.05.2022

Frühkindliche Bildung stärken vor Ort und bundesweit

Bundesweit und auch in Mannheim fehlen Kita-Plätze. Seit Einführung des Rechtsanspruchs von Kindern im Jahr 1996 (Kindergarten) bzw. 2013 (Krippe oder Kindertagespflege) ist die Lücke an Kita-Plätzen nicht zurückgegangen, sondern hat sich vor allem in den letzten Jahren vergrößert. Das lag nicht an einer Untätigkeit der Verantwortlichen auf den verschiedenen staatlichen Ebenen, denn ein Ausbau von Plätzen fand in den letzten Jahren durchaus in größerem Ausmaß statt. Aber seit einigen Jahren gab es einen deutlichen gesellschaftlichen Wandel: Familien nehmen in immer stärkerem Maß Kinderbetreuung in Kitas in Anspruch. Der Ausbau der Kinderbetreuung ist dem in den letzten Jahren nicht ausreichend nachgekommen. Hier gab es schon politische Versäumnisse. Kurz vor der Bundestagswahl 2021 wurde zusätzlich ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern ab September 2026 beschlossen, der weitere neue Herausforderungen in Bezug auf Personal, Geld und Gebäude mit sich bringt.

Vor diesem Hintergrund beschließt der Kreisverband Mannheim von Bündnis 90 / Die Grünen:

1. Wir unterstützen, dass die Stadt Mannheim und unser Bürgermeister Dirk Grunert solange der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung nicht erfüllt werden kann, zu Beginn eines jeden Jahres darüber öffentlich berichten, wie der aktuelle Stand ist, welche Maßnahmen seitens der Stadt ergriffen wurden und welche weiteren Maßnahmen vorgesehen sind.
 - a. Die Grünen unterstützen die aktuell vorliegende Planung und Vorgehensweise von Standortkonzeptionen für alle Stadtteile und ebenso den Ansatz der Schaffung einer Stelle um künftig Rechtsstreitigkeiten zur Durchsetzung der Ansprüche zu vermeiden und für die Übergangszeit für Kinder und Eltern tragbare Regelungen zu treffen.
 - b. Die Grünen regen an, dass die zurzeit durch Schließung von Tageseinrichtung wegfallenden Plätze der kirchlichen Träger in Mannheim durch die Stadt neu geschaffen werden, indem versucht wird, die Einrichtungen im Wege eines Erwerbs von Grundstück und Immobilie durch die Stadt Mannheim zu erhalten und weiter zu führen. Bündnis 90/ Die Grünen fordern die Kirchen auf ihrer sozialen Verantwortung gerecht zu werden und die Einrichtungen und Grundstücke nicht für höhere Preise an Immobilienentwickler zu verkaufen, die dann Kitas in Wohnbebauung umwandeln. Die Grünen regen an, die bei den Kirchen wegfallenden Einrichtungen im Wege des Betriebsübergangs (§ 613 a BGB) auf die Stadt zu überführen und die Erzieher*innen unter Einbindung der Personalvertretungen zu übernehmen, soweit dies möglich ist.

- c. Die Grünen begrüßen, dass die Stadt über die städtische Tochter BBS GmbH, die sich bisher auf Schulbau konzentriert hatte, zukünftig verstärkt Kitas baut und baulich betreibt und dies auch für freie Träger ermöglicht, denn gerade für kleine freie Träger sind Bau und baulicher Betrieb oft eine zu große Hürde zur Einrichtung neuer Angebote.
2. Wir fordern die Stadtgesellschaft auf Kinder und deren Bedürfnisse ernst zu nehmen und Kitas auch in der eigenen Nachbarschaft zu akzeptieren. Der zunehmende Widerstand gegen die Errichtung von Kitas in zahlreichen Stadtteilen ist eine Belastung für Kinder und Familien und verzögert oder verhindert gar den dringend notwendigen Ausbau der Kinderbetreuung.
3. Wir fordern die Landesregierung Baden-Württemberg auf, die bisherige schulische Ausbildung für Erzieherinnen in einen Ausbildungsberuf umzuwandeln und dabei folgende Eckpunkte zu berücksichtigen:
 - a) Der Standard für die Qualifikation von Fachkräften für die frühkindliche Bildung darf auch bei einer Zwischenprüfung auf dem DQR 4-Niveau insgesamt nicht unter das DQR 6-Niveau abgesenkt werden. Kurzfristig notwendige Personalakquise darf nicht zu Lasten von Kindern mit sozialräumlich und familiär bedingten Startschwierigkeiten gehen. Die Frühkindliche Bildung muss auch zukünftig auf einen Bildungserfolg hinwirken, der die Kinder unabhängiger von der bisher in Deutschland großen Abhängigkeit dieses Erfolges von der Herkunft und dem Elternhaus machen soll.
 - b) Eine Umformung der Erzieher*innen-Ausbildung weg von der bisherigen schulischen Ausbildung hin zu einer ab dem ersten Ausbildungstag bezahlten beruflichen Regelausbildung wird unterstützt. Damit soll der bisherigen biographischen und finanziellen Benachteiligung von Erzieher*innen in diesem spezifischen Frauenberuf entgegengewirkt werden. Die zusätzlichen Kosten dürfen dabei nicht zu Lasten der Qualifikation der Erzieher*innen gehen, sondern sind als Aufwertung für den bisher unterbewerteten, aber gesellschaftlich immer wichtigeren Beruf zu verbuchen.
 - c) Bei der Umformung der Erzieher*innen Ausbildung soll auch geprüft werden, ob ein Teil der Ausbildung nicht sogar auf ein höheres Qualifikationsniveau gehoben wird. Insbesondere beim Einsatz in integrativen, in sozialräumlich schwierigen Kontexten oder bei anderen entwicklungshinderlichen Situationen (Kriegs- oder Fluchterfahrungen, Migration/Sprachschwierigkeiten, Gewalt in der Familie u.ä.) ist eine umfassende Qualifikation notwendig die durch eine vertiefende und eventuell auch akademische Ausbildung in der frühkindlichen Entwicklungsbiographie ausgleichend und fördernd wirken kann.
4. Wir fordern die Bundesregierung auf die unter 3. genannten Grundsätze in einer bundesweit einheitlich geregelten Erzieher*innenausbildung zu unterstützen. Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf deutlich höhere Mittel zur laufenden Finanzierung von Kitas bereitzustellen und ein neues Programm zum Kita-Bau aufzulegen

Begründung:

Die Einführung des Rechtsanspruchs auf Förderung von Kindern unter drei Jahren in einer Tageseinrichtung oder in der Kindertagespflege und von Kindern über drei Jahren bis Schuleintritt in einer Tageseinrichtung haben immer mehr Eltern dazu veranlasst, im Namen ihrer Kinder von diesem Anspruch Gebrauch zu machen.

Bereits seit vielen Jahren ist bekannt, dass eines der Haupthindernisse bei der Schaffung zusätzlicher Plätze in Kindertageseinrichtungen fehlende qualifizierte Erzieher*innen sind. Diese Einschätzung wird für Mannheim auch von der Stadtverwaltung und den freien Trägern geteilt. Eine Ausweitung und Aufwertung der Erzieher*innenausbildung ist daher dringend geboten. Das Land Baden-Württemberg hat 2012 die praxisintegrierte Ausbildung mit tarifvertraglich festgelegten Ausbildungsvergütungen als erstes Bundesland aufgenommen und mit diesem Modellversuch Vorbildcharakter. Die Vorzüge dieses Modells sind nun zu verstetigen und sowohl innerhalb von Baden-Württemberg auf alle Auszubildenden und als auch in alle Bundesländer auszuweiten.

Mit der Einführung der Ganztagsbetreuung für den Grundschulbereich ab September 2026 wird sich der Bedarf an Erzieher*innen nochmals sehr stark erhöhen, da der Ganztagesbetrieb an Grundschulen ebenfalls in relevantem Ausmaß Erzieher*innen einsetzt. Hinzu kommt, dass speziell in Mannheim durch die Erschließung neuer Wohngebiete die Bevölkerung von 2020 bis 2040 perspektivisch nochmals um 5,7 % wachsen dürfte.

Auch die Gewerkschaft Verdi und die kommunalen Spitzenverbände fordern seit Jahren eine grundlegende Reform der Erzieher*innenausbildung und haben sich auf ein entsprechendes Eckpunktepapier vom 05.11.2021 in Richtung einer praxisintegrierten Ausbildung geeinigt, auf dessen Grundlage die Erzieher*innenausbildung bundesweit vereinheitlicht und die Ausbildungsvergütung gesetzlich geregelt werden soll. Dieser Ansatz sollte von den Grünen auf der kommunalen Ebene, der Landes- und Bundesebene aufgegriffen und unterstützt werden.

Zum Überblick wird auf die beiliegende Linkliste KiTa-Plätze verwiesen.

Linkliste KiTa Plätze

Studie FiBS Dieter Dohmen zur Erzieher*innen-Ausbildung

https://www.chance-quereinstieg.de/fileadmin/company/pdf/Facchveranstaltung_Doku/Dohmen_Vortrag_Quereinstieg_verg%C3%BCtete_Erzieherausbildung_Berlin_180118-final.pdf

Pressemitteilung Statistisches Bundesamt KiTa Plätze

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/09/PD21_449_225.html

umfassender Überblick Vergütung Erzieherausbildung BW

https://www.google.com/search?q=Verg%C3%BCtung+Erzieherausbildung+BW&client=firefox-b-d&tbm=isch&source=iu&ictx=1&fir=iUqjuxOAF5FH4M%252CT6qCAdzO5vz2mM%252C_&vet=1&usq=AI4_-kSu7FPHbGZ62tvChbfx-nwY7FhblA&sa=X&ved=2ahUKEwiJ14ru-yqT1AhUm_rslHWctB_gO9OF6BAgKEAE&biw=1920&bih=937&dpr=1#im-grc=IDPew4Y_UAkpxM

gemeinsames Eckpunktepapier Verdi, KAV, Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund

https://www.verdi.de/++file++6184f44384ed428f6270b912/download/2021_11_05_Anlage%20Eckpunktepapier%20Erzieherinnenausbildung.pdf

Gesetzliche Regelungen

Rechtsanspruch KiTa Plätze §§ 22-25 SGB VIII

https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_8/

KiTa Gesetz BW

<https://www.landesrecht-bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=KiTaG+BW&psml=bsbawueprod.psml&max=true&aiz=true>

Landesverordnung BW Erzieherausbildung

<https://www.landesrecht-bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=SozP%C3%A4dAPV+BW&psml=bsbawueprod.psml&max=true&aiz=true>
https://www.landesrecht-bw.de/jportal/portal/t/5om/page/bsbawueprod.psml/screen/JWPDFScreen/filename/%C2%A7_11_SozP%C3%A4dBerKollAPV_BW_2017_jlr-SozP%C3%A4dBerKollAPVBW2017pP11.pdf;jsessionid=A83F4413D572908EF9E075B2B629F28C.jp91

Infoschreiben BW zur piA

https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/Remote/km/pia-wegebau_2016-03-09.pdf

https://fachkraefteoffensive.fruehe-chancen.de/fileadmin/PDF/Fachkraefteoffensive/Baden-Wuerttemberg_Wege_in_den_Beruf_der_Erzieherinnen_und_Erzieher.pdf

Eckpunktepapier zur Einführung der PiA in BW vo, 24.11.2020

https://km-bw.de/site/pbs-bw-km-root/get/documents_E407915246/KULTUS.Dachmandant/KULTUS/KM-Homepage/Artikelseiten%20KP-KM/Berufliche%20Schulen/Berufsfachschulen/2020-11-24_Eckpunktepapier_BFSAIT.pdf

Evaluationsbericht PiA

https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/Remote/km/bkspit_abschlussbericht_2016-01-18.pdf

Artikel in Kindergarten heute

<https://www.herder.de/kiga-heute/fachmagazin/archiv/2017-47-jg/3-2017/pia-die-praxisintegrierte-ausbildung-ein-erfolgsmodell-mit-zukunft/>

Infobroschüre des BMFSFJ zur Erzieher*innenausbildung BW

https://km-bw.de/site/pbs-bw-km-root/get/documents_E921024136/KULTUS.Dachmandant/KULTUS/KM-Homepage/KP_KM/Berufliche%20Schulen/Evaluationsbericht_BKSPIT_2012-2013.pdf

Links zum TVöD SuE, Gehaltsrechner

<https://oeffentlicher-dienst.info/c/t/rechner/tvoed/s?id=tvoed-s-2022i>